

Newsletter Nummer 10/2024: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Sitzung des Ausschusses für Soziales am 10. Oktober 2024

Mit einem Überblick über die Leistungen im Bereich Jugend und Soziales, mit dem Bericht des Integrationsbeauftragten für den Zeitraum November 2023 bis Oktober 2024 sowie der Entwicklung der kommunalen Eingliederungsleistungen im Jahr 2023 befasste sich der Ausschuss für Soziales in seiner letzten Sitzung.

Zunächst wurden Kreisrätin Renate Schmidt als erste stellvertretende Vorsitzende und Kreisrat Tobias Rehorst als zweiter stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Soziales gewählt. Zudem wurde Professor Dr. Dirk Lorenzen als ehrenamtlich tätiger Patientenfürsprecher für den Landkreis für ein weiteres Jahr bestellt.

Danach informierte Dezernent Fabian Scheffczyk die Kreisrätinnen und Kreisräte über die einzelnen Leistungen im Bereich Jugend und Soziales.

Integrationsmanagement im Landkreis

Dezernentin Doreen Kuss berichtete für den erkrankten Dr. Kibreab Habtemichael Gebereselassie, kommissarischer Leiter der Stabsstelle für Integration und gesellschaftliche Entwicklung, über dessen Tätigkeiten von November 2023 bis Oktober 2024.

Kreisrat Tobias Rehorst dankte für die Freien Wähler für den Bericht, die bei der Erweiterung des Stellschnitts vom Integrationsschwerpunkt hin zur allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung skeptisch gewesen seien, weil sich das Thema fast nicht mehr eingrenzen lasse. Umso wichtiger sei daher das Berichtswesen, das es ermöglicht, die Schwerpunkte der Arbeit zu evaluieren und ggf. kritisch zu begleiten.

Erneut sei es der Stabsstelle gelungen, im Dschungel der Angebote und Rechtsansprüche den Überblick zu bewahren und bestehende Angebote von Bund und Land zu ergänzen oder abzurunden, wie etwa mit den Sprachkursen für Frauen mit parallel stattfindender Kinderbetreuung oder den



Intensivkursen für angehende Auszubildende. Auch die Vernetzung mit den Akteuren in den Gemeinden oder anderen Stadt- und Landkreisen habe seines Erachtens gut funktioniert.

Zum Bericht hinsichtlich der Entwicklung des kommunalen Integrationsmanagements gelte es festzustellen, dass erfreulicherweise keine flächendeckende Abgabe dieser Aufgabe an den Kreis erfolgt ist. Die Fraktion der Freien Wähler sei der Meinung, dass die Aufgabe der Integration gemäß dem Subsidiaritätsgedanken vor Ort am besten gelingt, mit Personal, das die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten genauestens kennt.

Der bereits geäußerten Kritik, dass das Land immer häufiger nur noch eine Art Anschubfinanzierung tätigt, um sich später aus der Verantwortung zu ziehen, wolle er sich anschließen, so Tobias Rehorst. Immerhin habe man jetzt doch noch einen Rückzieher gemacht und nach der angekündigten deutlichen Reduzierung die Gesamtmittel wieder aufgestockt. Sicherlich hätten aber deutlich weniger Gemeinden die Aufgabe an den Kreis abgegeben, wenn diese äußerst unglückliche Vorgehen nicht stattgefunden hätte.

Für diejenigen Gemeinden, die die Aufgabe des Integrationsmanagements an den Landkreis abgeben, wünsche er sich, dass das Landratsamt in gewohnt kooperativer Weise mit den Kommunen zusammenarbeitet, um die Aufgabe der Integration auch künftig bewältigen zu können. Wichtig wäre den Freien Wählern, dass die geplante Konzeption hier im Ausschuss vorgestellt wird und dass nach Möglichkeit feste Ansprechpartner und -zeiten für das vom Kreis verantwortete Integrationsmanagement in den Gemeinden implementiert werden kann.

Jobcenter Rhein-Neckar-Kreis



Anschließend beschäftigte sich der Sozialausschuss mit dem Jobcenter Rhein-Neckar-Kreis und nahm den Zwischenbericht zur Zielerreichung der im Jahr 2024 vereinbarten kommunalen Ziele.

Kreisrätin Gabi Horn stellte für die Freien Wähler fest, dass es eine Zielvereinbarung gegeben habe und festzustellen ist, dass von zwei Zielen nur eines erreicht wurde: die Integration von Alleinerziehenden.

Bei den Jugendlichen und unter 25-jährigen habe das Ziel wie schon 2023 nicht erreicht werden können. Es stelle sich die Frage, warum das so ist.

Ein Grund sei, dass von der Agentur für Arbeit die Ausbildungsreife nicht festgestellt werden könne und somit eine Überführung in den Bewerberstatus nicht möglich sei. Weitere Gründe seien, dass bereits eine Ausbildung abgeschlossen wurde, die Kinder und Jugendlichen noch zur Schule gehen oder sich die Erwachsenen in Elternzeit befinden.

Dies seien aber nicht die einzigen Gründe und auch nicht die, die Sorge bereiten. Vielmehr sei die Situation oft die, dass die Kinder und Jugendlichen psychische Probleme und sonstige Einschränkungen hätten. Dazu kämen schwierige familiäre Verhältnisse und Drogenkonsum. Dies führe wiederum dazu, dass von den Betroffenen kein schulischer Abschluss oder eine Ausbildung absolviert werden kann.

Erschwert werde die Situation auch dadurch, dass es zu wenig Therapieplätze gebe. Ein weiteres Hemmnis sei der Umstand, dass es zu viele verschiedene Anlaufstellen für die unterschiedlichen Probleme und Fragestellungen gebe. Eine Bündelung wäre hier hilfreich, denn so könnten die zu Beratenden besser und schneller Hilfe bekommen, schloss Gabi Horn ihre Ausführungen.

Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 15. Oktober 2024

Wahlen und die aktuelle finanzielle Entwicklung des Landkreises standen im Mittelpunkt der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 15. Oktober.

Zunächst wurden die Kreisrätinnen und Kreisräte über die Entwicklung des laufenden Haushalts - Kernhaushalt sowie Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Bau, Vermögen und Informationstechnik – informiert:

Rhein-Neckar-Kreis		www.rhein-neckar-kreis.de		
TOP Kennzahlen				
Hochrechnung 30.09.2024				
	Plan 2024 in Mio. €	Prognose 2024 in Mio. €	Differenz 2024 in Mio. €	
Gesamtergebnis (einschließlich Haushaltsermächtigungen -3,9 Mo. €)	-26,5	-31,5	-5,0	
Saldo aus Investitionstätigkeit (einschließlich Haushaltsermächtigungen -37,2 Mo. €)	-19,3	-53,1	-33,8	
Freie liquide Mittel zum 31.12	13,4	-1,1	-14,5	
Kreditaufnahme (RNK und EBVIT)	40,0*	29,1	-10,9	
Verschuldung zum 31.12. (RNK u. EBVIT)	124,7	113,8	-10,9	

* Darin enthalten sind Kreditermächtigungen des EBVIT aus 2023 von 8,6 Mo. €.

Anschließend standen verschiedene Wahlen auf der Tagesordnung:

So wurden Kreisrat Maik Brandt als erster stellvertretender Vorsitzender und Kreisrätin Claudia Felden als zweite stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungs- und Finanzausschusses gewählt.

Zudem standen die Wahlen der weiteren Vertreterinnen und Vertreter in der Verbandsversammlung des Zweckverbands „Verkehrsverbund Rhein-Neckar“ sowie die Wahl der Mitglieder der Verbandsversammlung des Kommunalverbands für Jugend und Soziales an.

Kreisrat Frank Volk wird die Freien Wähler künftig beim VRN vertreten, sein Stellvertreter ist Peter Riemensperger.

Beim KVJS stellen die Freien Wähler keinen Vertreter.

Außerdem einigte sich der Verwaltungs- und Finanzausschuss, Landrat Stefan Dallinger sowie die Kreisräte Jörg Albrecht, John Ehret und Dr. Ralf Göck in den Aufsichtsrat der AVR BioGas GmbH entsenden. Gleiches gilt für den Aufsichtsrat der AVR Gewerbe Service GmbH – hier sind künftig Landrat Dallinger sowie die Kreisräte Frank Werner und John Ehret Aufsichtsräte.

Korrektur

Im Newsletter 9/2024 habe ich einen falschen Betrag genannt und bitte um Entschuldigung.

Beim Punkt „Sachstandsbericht zum Bahnhof Oftersheim“ muss es am Schluss der Ausführungen richtig heißen:

„Die Kostenbeteiligung des Rhein-Neckar-Kreises beläuft sich damit auf 330.000 €.“

Weitere Informationen.....

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>